



Landschaftspflegeverbände
in Bayern



Deutscher Verband für
Landschaftspflege

Pressemitteilung

Bayerische Landschaftspflegemittel verdoppeln!

Gottesgarten am Obermain bald kein Hotspot der Biodiversität mehr? Landschaftspflegeverbände fordern mehr Fördermittel.

Bad Staffelstein, 2. Juni 2025 – Anlässlich des Deutschen Landschaftspflegetags in Bad Staffelstein fordern der Deutsche Verband für Landschaftspflege und der Landschaftspflegeverband Landkreis Lichtenfels die bayerische Staatsregierung und den Landtag auf, an der Umsetzung der bayerischen Naturschutzziele festzuhalten und dafür trotz schwieriger Haushaltsbedingungen ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Ziele seien durch Artenschutz-Volksbegehren und das bayerische Naturschutzgesetz verbindlich, die nötigen Mittel nach Ansicht der Verbände „im Vergleich zum Gesamthaushalt sehr gering“. Die Verbände rechnen mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von jährlich rund 60 Mio. Euro im Bereich der Landschaftspflegeförderung des Umweltministeriums. Die Verwirklichung der Ziele sei im Übrigen nicht nur für die Biodiversität wichtig, sondern gleichermaßen für Landwirtschaft, Klimaschutz und Tourismus.

„Bayerns Weg der Freiwilligkeit im Naturschutz war in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich“, so **Maria Noichl MdEP, Vorsitzende des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL)**. „Um das über Jahrzehnte aufgebaute Vertrauen zwischen Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutz nicht zu zerstören, muss der Freistaat diesen freiwilligen, kooperativen Weg weiter ausreichend und zuverlässig finanzieren.“

Nicolas Liebig, Landessprecher der bayerischen Landschaftspflegeverbände verweist auf drei zentrale Ziele, die sich die Staatsregierung selbst gesteckt hat: den Streuobstpakt mit der Pflanzung von netto 1.000.000 Bäumen bis 2035, den Biotopverbund auf 15 Prozent der Offenlandfläche bis 2030 und die Wiedervernässung von 55.000 Hektar Moorfläche bis 2040. „Zentral für die Umsetzung ist dabei die Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinie (LNPR)“. Die LNPR sei dazu da, wertvolle Lebensräume wiederherzustellen, etwa durch Mahd oder Entbuschung. „Damit ermöglicht die LNPR es uns, unsere landschaftlichen Kronjuwelen zu erhalten und gezielt und sehr effektiv etwas für gefährdete Arten zu tun.“

Beispielhaft seien etwa die artenreichen Weideflächen am Staffelberg, die Lebensraum für in der Roten Liste Bayern als gefährdet gelistete Orchideen wie Bienenragwurz, Helm- und Purpur-Knabenkraut bieten. „Solche Gebiete sind Hotspots der Biodiversität und ökologisch extrem wertvoll, werfen allerdings für die Landwirtschaft keinen Gewinn ab“, so Liebig. „Wenn

wir die Ziele des Koalitionsvertrags von CSU und Freien Wählern zu Streuobstpakt, Biotopverbund und Moorwiedervernässung erfüllen wollen, dann brauchen wir im Doppelhaushalt des Freistaats 2026/27 jährlich 60 Millionen LNPR-Mittel für die Weiterführung der bisherigen Maßnahmen und zusätzlich weitere 60 Millionen, um diese Ziele umzusetzen.“

Landwirte, die sich im Naturschutz engagieren, benötigen oft Spezialmaschinen, mit denen sie in steilem oder nassem Gelände arbeiten können. Darauf weist Michael Bienlein, stellvertretender Bezirkspräsident und Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) in Lichtenfels hin. „Wir Landwirte haben da in den vergangenen Jahren viel investiert, aus Überzeugung und im Vertrauen darauf, dass sich das über die Fördermittel des Freistaats auch rechnet.“ Im kooperativen Naturschutz sei mittlerweile viel Vertrauen zwischen Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutz entstanden. Verschiebungen von Maßnahmen und auch die verspätete Auszahlung der Fördergelder beeinträchtigt das Vertrauen in den Staat. „Wenn die Politik diese Zusammenarbeit nicht ausreichend finanziert, steht das auf dem Spiel“, so Bienlein.

„Mit dem völlig überraschenden Ausgabenstopp und neuen Sparvorgaben für die LNPR-Gelder hat das Umweltministerium in den letzten Monaten auch kommunale Projekte verhindert“, so **Manfred Rauh, Geschäftsführer des LPV Landkreis Lichtenfels**. So kann beispielsweise der Rückschnitt von Kopfweiden, die für den Landkreis charakteristisch sind, in diesem Jahr nicht durchgeführt werden. „Dass das Umweltministerium darüber hinaus Kürzungen für den Doppelhaushalt 2026/27 angekündigt hat, geht in die falsche Richtung. Um unsere Kulturlandschaft zu erhalten, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Landschaftspflegemittel“, so Rauh.

„Wir fordern das übrigens nicht für uns“, bekräftigen Liebig und Rauh. „Es ist notwendig, weil die bayerische Staatsregierung den Weg der Freiwilligkeit und Förderung statt hoheitlicher Vorgaben gewählt hat. Diese Versprechen muss sie dann auch halten, sonst scheitert der bayerische Weg.“

DVL-Fachkontakt: Beate Krettinger, Deutscher Verband für Landschaftspflege, Landeskoordinatorin Bayern, Tel. 0981/1800 99-15, E-Mail: b.krettinger@dvl.org

LPV-Fachkontakt: Manfred Rauh, Geschäftsführer LPV Landkreis Lichtenfels, Tel. 09547/8733411, E-Mail: gf@lpvobermain.de

DVL-Pressekontakt: Sabine Richter, Deutscher Verband für Landschaftspflege, Tel. 0981/1800 99-22, E-Mail: s.richter@dvl.org
